

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

wer kennt das nicht? Kinder, Eltern, Großeltern oder auch die Partnerin oder der Partner werfen einem mal wieder vor, keine Zeit für sie zu haben. Nun können wir Abgeordneten uns das Jahr relativ flexibel einteilen, aber die meisten können das nicht. Unsere hektischen Zeiten machen viele zu wandelnden Terminkalendern, vor allem berufstätige Eltern und Alleinerziehende.

Das kann man nicht im Parlament wegbeschießen, aber ein wenig Linderung wäre möglich. Zum Kindertag haben wir per Gesetzentwurf vorgeschlagen, einen Familienfeiertag einzuführen. Der erste Freitag im Juni soll künftig ein gesetzlicher Feiertag sein. Das wäre eine symbolische Unterstützung. Wir wissen aus Umfragen, dass die Mehrheit der Bevölkerung mehr Zeit mit ihrer Familie haben möchte.

Nun hat etwa Ministerpräsident Kretschmer behauptet, ein weiterer Feiertag schade der Wirtschaft. Das stimmt nach unserer Einschätzung nicht. Es sind doch vor allem die wirtschaftlich starken Länder Bayern und Baden-Württemberg, die über die meisten Feiertage verfügen. In Sachsen gibt es aktuell elf davon. Damit liegen wir im Mittelfeld.

Bei meiner Einbringungsrede im Landtag gab es bei der CDU schon Tumulte. Denn ich habe gesagt: Mit dem Familienfeiertag würden wir mit der bisherigen Logik der Herbeileitung gesetzlicher Feiertage brechen. Denn angesichts der Tatsache, dass in Sachsen drei Viertel der Bevölkerung keiner Konfession angehören, sollten auch humanistische Werte und soziale Verantwortung einen Feiertag begründen können. Familie ist sicherlich ein Wert, der Gläubige und Nichtgläubige einen sollte. Ich bin gespannt auf die weitere Debatte.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Meinst du, die Russen wollen Krieg?

Vor 73 Jahren endete in Europa der opferreichste Kampf der Alliierten. Er endete mit besonders großen Opfern in der Sowjetarmee gegen Hitlerdeutschland, gegen millionenfaches Morden, gegen millionenfaches Morden an den europäischen Juden, gegen Folter und Zwangsarbeit, gegen Versklavung und Unterdrückung. „Auch 73 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa müssen wir das Erbe – nie wieder Krieg – aktiv pflegen“, meint **Rico Gebhardt, der Vorsitzende der Linksfraktion.** Während wieder NATO-Militärtransporte über sächsische Autobahnen zum Manöver nach Osteuropa rollten, US-Kampfhubschrauber auf dem Flughafen Dresden und US-Soldaten in der Kaserne in Frankenberg Station machten, setzte die LINKE das Thema Frieden auf die Tagesordnung des Landes und fragte: Meinst du, die Russen wollen Krieg? Die Botschaft: Sachsen braucht eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland.

„Wir nehmen mit großer Besorgnis zur Kenntnis, dass die Politik gerade in Westeuropa, aber auch in Teilen von Osteuropa, immer mehr von den anti-russischen Vorurteilen in der Außen- und Wirtschaftspolitik, vor allem aber auch in vielen Massenmedien beherrscht beziehungsweise geschürt wird. Wir teilen deshalb die Einschätzung der Leipziger Bürgerinitiative ‚Gute Nachbarschaft mit Russland‘, die im Konfrontationskurs des Westens die Gefahr eines neuen Krieges sieht“, sagte Gebhardt. Besagte Bürgerinitiative wird maßgeblich von Professor Cornelius Weiss unterstützt, der früher die SPD-Fraktion im Landtag führte.

Die Militärkonvois belasten nicht nur die Wohnbevölkerung, sondern vor allen Dingen den Frieden. Ein Sprecher der Bundeswehr meinte, die Hoheitszeichen an den Fahrzeugen der US-Streitkräfte seien in Ostdeutschland noch gewöhnungsbedürftig. Gebhardt antwortete vom Landtagspult: „Wir wollen uns daran gar nicht erst gewöhnen! Denn es sind nicht vor Jahrzehnten die Streitkräfte einer Weltmacht abgezogen, damit nun die Streitkräfte einer anderen Weltmacht ein Aufmarschgebiet Richtung Osten haben.“

Europa brauche keine Truppenverlegungen, sondern eine neue Entspannungspolitik. „Es würde Sachsen gut zu Gesicht stehen, wenn die Staatsregierung klar Farbe bekennen würde.“ Das gelte nicht nur in Bezug auf die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die auch der sächsischen Wirtschaft schaden. Die Landesregierung solle dem brandenburgischen Vorbild folgen und klar zum Ausdruck bringen, was sie von den Truppentransporten hält: nichts.

Die Politik von Präsident Putin nimmt die Linksfraktion indes keineswegs kritiklos hin. Allerdings, darauf wies **Europapolitiker Enrico Stange** als weiterer Redner hin: „Wer Wandel durch Annäherung will, darf nicht zuerst den Wandel fordern, bevor man sich annähern kann. Wandel durch Annäherung ist das richtige Konzept. Es hat damals zum Erfolg geführt; denn auch die Sowjetunion war für den Westen Europas mit Sicherheit nicht der Hort der Freiheit, der Menschenrechte und einer vertrauensvollen Außenpolitik. Dennoch war dieses Konzept richtig, und es ist auch

heute richtig, bei allem, was man an den inneren Zuständen in Russland zu kritisieren hat.“ Russland sei das größte Land der Welt, es berge enorme Naturressourcen, und es sei nach wie vor eine gigantische Militärmacht und keine Regionalmacht. „Das Angebot von Wladimir Putin 2001 im Deutschen Bundestag, eine Sicherheitsarchitektur unter Einbindung Russlands in Europa auf Augenhöhe und einen humanitären und wirtschaftlichen Raum von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen, ist leider nicht angenommen, sondern mit Konfrontation beantwortet worden: mit militärischem Säbelrasseln und mit einem Raketenabwehrschirm.“

Es gehe nun in erster Linie darum, Stabilität zu erreichen, die Kriegsgefahr zu minimieren und ihr zumindest nicht weiter entgegenszulaufen. „Vor allem müssen wir uns – das ist die Aufforderung an die Sächsische Staatsregierung – auf allen Ebenen dafür einbringen, dass eine solche Politik sowohl in Berlin über den Bundesrat als auch in Brüssel über alle Kanäle in der Europäischen Union verständlich gemacht wird.“ Und der kulturelle Austausch mit dem russischen Volk müsse gefördert werden, etwa durch Visaerleichterungen für Studierende oder durch mehr Schüleraustausche. Und auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse stärker belebt werden. Ein besseres gegenseitiges Verständnis könne helfen. „Durch die politischen Eliten allein wird das nicht gelingen“, so Stange. Nie wieder Krieg – das bleibt das wichtigste politische Ziel. Denn Willy Brandt hatte recht: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden.“



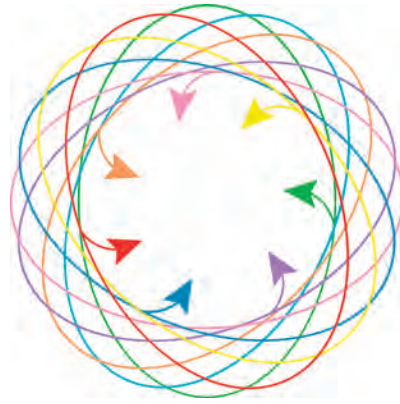
Integration meint mehr als Geflüchtete

Vier Prozent der Menschen, die in Sachsen leben, haben keinen deutschen Pass. In absoluten Zahlen sind das 195.227. 6,5 Prozent der Bevölkerung haben eine Migrationsgeschichte. Obwohl das weniger sind als im Bundesdurchschnitt, muss am Zusammenhalt ständig gearbeitet werden.

Integrationsministerin Petra Köpping hat im Landtag das neue „Zuwanderungs- und Integrationskonzept“ (ZIK II) vorgestellt. Auf 120 Seiten legt es dar, wie das SPD-geführte Ministerium das Zusammenwachsen organisieren will – bei Bildung, Ausbildung, Wohnen, Gesundheit, Gleichstellung, Kultur, Demokratie. **Juliane Nagel, Sprecherin der Linksfraktion für Flüchtlings- und Migrationspolitik**, lobt: „Das ZIK II verdient, anders als sein Vorgänger, den Namen Konzept.“

Nagel verwies darauf, dass mehr als die Hälfte der seit 2013 nach Sachsen zugewiesenen Asylsuchenden nach der Anerkennung weggezogen ist. Das liege nicht nur daran, dass viele Geflüchtete anderswo soziale Anknüpfungspunkte und bessere Lebensperspektiven hätten, sondern auch daran, dass ihnen in Sachsen noch immer oft Rassismus und Diskriminierung begegneten. Die Ursachen seien historisch: „Die Politik der CDU-geführten Landesregierungen nährte die feindliche Stimmung.

Migrantinnen und Migranten wurden unsichtbar gemacht, Rassismus totgeschwiegen, Geflüchtete in Sammellagerkassen kaserniert und nicht als Teil der Gesellschaft betrachtet. Das Feld der Integrationspolitik lag weitestgehend brach. Diesen Geist atmete auch das erste Zuwanderungs- und Integrationskonzept von 2012.“



Seit 2014 gebe es ein kleines Integrationsministerium, das zum Vollministerium aufgewertet gehöre. Anstelle eines unverbindlichen Konzepts, das abrechenbare Ziele vermissen lässt und zudem unter Haushaltsvorbehalt steht, müsse ein verbindliches Integrationsgesetz her. „Genauso anarchisch wie Migrationsbewegungen sind und immer sein werden, so dynamisch müssen Integrationsprozesse verstanden

werden. Menschen bleiben Menschen, mit Erfahrungen, Sozialisation, Vorlieben, Lebenspraktiken, Problembewältigungsstrategien. Unser Ziel muss sein, dass alle Menschen unabhängig von Herkunft, sozialer Lage, Religionszugehörigkeit, Alter, Geschlecht, Aufenthaltsstatus und -dauer gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Teilbereichen teilhaben können. Wir werden dafür weiter streiten, nicht nur im Hinblick auf Migrantinnen und Migranten, auf Geflüchtete, sondern auch im Hinblick auf arme Menschen, auf Menschen mit niedrigen Löhnen, Alleinerziehende, auf Seniorinnen und Senioren, auf Frauen, auf LGBTTIQ*.“ Integration müsse über die Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten hinausgehen. Und sie sei ein Prozess, der beiden Seiten Entgegenkommen abverlange.

Beim ZIK II gebe es Luft nach oben. Die Schulpflicht müsse auch in der Erstaufnahme umgesetzt werden, und volljährige Geflüchtete sollten die Berufsschule besuchen dürfen. Große Würfe fehlten auch beim Thema Gesundheit – so solle es keine Gesundheitskarte für Geflüchtete geben. Auch dürfe politische Partizipation keine Frage der Staatsangehörigkeit bleiben.

„Ein Integrationsgesetz schafft die Basis, die das ZIK braucht“, so Nagel. Die Linksfraktion wird bald einen Entwurf vorlegen.

Für mehr Hilfe im Familienalltag

5 Uhr. Bei Familie Z. klingelt der Wecker. Die Mutter huscht ins Bad, macht Frühstück. Viertel sechs muss Max aufstehen. Ab zum Bus, um 7 Uhr startet die Schule. 14 Uhr klingelt es zum Schulschluss, Max hat Hunger und ist 15 Uhr schon zu Hause. Dann Musikschule, Fußball, Hausaufgaben, Arbeit im Haushalt, bis die Mutter heimkehrt. Für gemeinsame Aktivität bleibt keine Zeit.

Das ist Alltag, gerade in Familien mit nur einem Elternteil. „Ein Hamsterrad sieht von innen aus wie eine Karriereleiter“, so **Kerstin Lauterbach, Familienpolitikerin der Linksfraktion**. „Aber wenn keiner unterstützt, bleibt es ein Hamsterrad.“ Und oft leidet das Familienleben unter dem Stress. Bei Problemen gibt es Beratungsmöglichkeiten. Familienbildung will laut Landesregierung „Wissen und Fähigkeiten vermitteln, wie Beziehung und Erziehung gelingen kann.“ Doch wenn Familien in Sachsen Hilfe suchen, finden sie oft nichts. Denn die Angebote sind gerade abseits der Großstädte rar und kaum bekannt, vor allem den unterrepräsentierten Zielgruppen. Das sind Alleinerziehende, arme Familien und solche mit pflegebedürftigen Mitgliedern.

Der Linksfraktion liegt an flächendeckender und breiter Familienbildung (Drucksache 6/11486). Die Landesregierung hatte schon 2015 eine Datenbank angekündigt, in der sich Angebote leicht finden lassen. Die gibt es aber immer noch nicht, das CDU-geführte

Sozialministerium kommt nicht voran. „Wir erwarten, dass Sie das endlich umsetzen“, forderte Lauterbach. Die Angebote müssten ausgebaut werden. „Familienbildung richtet sich heute überwiegend an Eltern mit Kindern, die nicht schulpflichtig sind. Angebote an armutsgefährdete, nicht erwerbstätige, bildungsferne Familien sind selten.“ Getragen werden die Angebote von vier Familienverbänden – dem SHIA e. V., dem Deutschen Familienverband, Landesverband Sachsen e. V., der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und dem Katholischen Familienverband. Auch sie hängen von Fördermitteln ab, die aber nicht regelmäßig fließen. Lauterbach: „Am 6. April

dieses Jahres erhielten die Familienverbände eine Mail, dass in der nächsten Woche doch schon der Bewilligungsbescheid für 2018 kommen sollte. Mitte April gab es dann Geld. Die ersten Löhne waren aber schon im Januar fällig.“ Die Linksfraktion wolle eine verlässliche Förderung in dreijährigen Förderperioden.

Die Regierungskoalition lehnte all das ab. So wird es auch Max' Mutter weiter zugemutet, neben dem Alltagsstress nach Angeboten zu forschen, wenn sie Hilfe braucht. Und wahrscheinlich bleibt sie erfolglos. Sachsen braucht eine Regierung, der die Familien wirklich am Herzen liegen!



Jugendclubs für alle!

Viele von uns wissen aus Erfahrung, dass Jugendclubs eine gute Sache sind. Ein Teil der Arbeit, die unter „Kinder- und Jugendhilfe“ gefasst wird, findet dort statt. In Sachsen arbeiteten 2014 – jüngere Daten liegen nicht vor – reichlich 10.500 Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe, etwa als Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Das waren zwar hunderte mehr als zwölf Jahre zuvor, aber sie durften nur 85,7 Prozent des Arbeitszeitvolumens des Jahres 2002 leisten. Wegen Geldmangels bei den Trägern, die sich von einer Projektfinanzierung zur nächsten hangeln, werden Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse rar. Mehr Personal gibt es zwar in Kitas, in der Schulsozialarbeit, der Drogen- und Suchtberatung, im Pflegewesen. Verlierer sind aber jene, die vorbeugende Arbeit leisten, sowie Jugendgruppen, Jugendverbände und Jugendringe.

Per Großer Anfrage wollte die Linksfraktion das beleuchten. Doch die Landesregierung weiß wenig über die Kinder- und Jugendhilfe. Sie hat kaum Daten zu den Einkommen der Beschäftigten, über befristete Beschäftigung, die Tarifbindung oder den Krankenstand. So gibt es auch kein Konzept für Personalentwicklung, Ausbildung und Qualifikation. Kein Wunder, dass auch in diesem Bereich Fachkräfte fehlen. Deshalb fordert die LINKE (Landtags-Drucksache 6/13579), Wissenslücken durch Studien zu schließen und ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Die Fort- und Weiterbildungsangebote des Landesjugendamtes sollten erweitert werden. Die Landesregierung soll außerdem darauf achten, dass andere Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die vorbeugende Jugendarbeit, im Zuge des Ausbaus von Kitas und Kindertagespflege nicht vernachlässigt werden.

Janina Pfau, Sprecherin der Linksfraktion für Kinder- und Jugendpolitik, verwies auf Personalabbau und Angebotsverlust vor allem abseits der Großstädte. „Mir wird immer wieder berichtet, dass kleine Träger Weiterbildungsangebote nicht annehmen können, weil sie den Ausfall einer Person nicht ausgleichen können. Das heißt dann, dass der Jugendclub verkürzt öffnen oder sogar geschlossen bleiben muss, wenn eine Sozialarbeiterin gerade zur Weiterbildung ist.“ Dem müsse abgeholfen werden. Denn, so Pfau, „durch die offene und mobile Jugendarbeit bekommen die jungen Menschen Freiräume und Probierfelder, durch welche die eigene Persönlichkeit entfaltet werden kann“. Das ist wichtig – nicht nur für die jungen Menschen.

Wird die SachsenLB-Pleite übertroffen?

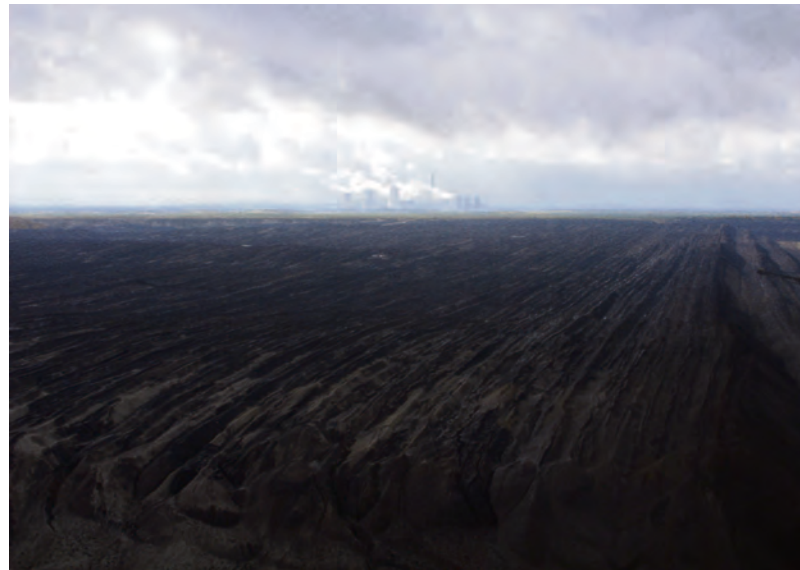
Das Braunkohlezeitalter endet – vielleicht schneller als gedacht, wenn sich die LEAG oder die MIBRAG vorzeitig zurückziehen oder pleitegehen sollten. Das ist nicht das einzige, aber ein mögliches Szenario. Angesichts der Milliardenkosten, die nötig sein werden, um die Folgeschäden des Kohleabbaus zu beheben, wäre Sachsen gut beraten, es einzukalkulieren. Je früher der Übergang ins neue Energiezeitalter vorbereitet wird, desto mehr Spielraum bleibt. Eine solche Vorbereitung hat die Linksfraktion erneut im Landtag gefordert (Drucksache 6/13055). „Braunkohleverstromung ist nicht böse und muss nicht auf Teufel komm raus schnellstmöglich beendet werden“, bekannte **Dr. Jana Pinka, Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft**. „Aber sicher ist auch: Es müssen Überkapazitäten abgebaut werden.“ Fünf bis sieben Megawatt an Kraftwerksleistung könnten sofort abgeschaltet werden, zumal Sachsen in aller Regel Strom exportiert. Neue Tagebaue seien auch unnötig. „Es muss ein verlässlicher Plan her, auf dem alle Energieversorger ihre Planung aufbauen können“, forderte Pinka.

Die Bundesregierung hat eine Kommission eingesetzt, um den Kohleausstieg zu organisieren. Sachsens Regierung solle darauf hinwirken, dass es dort um die gesamte Energieversorgung geht, auch um Verkehr und Landwirtschaft. Und sie solle darauf bestehen, dass Entscheidungen nicht mit Mehrheit, sondern wie bei der Umweltministerkonferenz im Konsens getroffen werden. Nur so könnten alle Seiten Gehör finden. „Das meine ich in beide Richtungen: die Ängste um das Geschäft oder den Arbeitsplatz und die Ängste um ganze Landstriche und Generationen, die von Umwelt- und Naturkatastrophen heimgesucht werden.“ Nach wie vor drohe zudem die Gefahr, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzah-

ler auf den Kosten der Wiedernutzbarmachung sitzen bleiben, wenn die Kohleunternehmen das Letzte aus der Kohle herausgepresst haben werden. Die Landesregierung und das Oberbergamt dürften sich nicht mit vagen Ankündigungen zufriedengeben oder sich gar erpressen lassen, so Pinka. Der Freistaat müsse Druck machen, damit LEAG und MIBRAG zügig Mittel beim Freistaat hinterlegen. Derzeit ist angedacht, ab 2021 ein Zweckvermögen anzusparen, ähnlich einem Bauparvertrag. Die jährlichen Zuführungen in Millionenhöhe müssen aber mit dem laufenden Geschäft und zusätzlichen Finanzmarktgeschäften erwirtschaftet werden. „Es ist sehr unsicher, ob das Geld durch die Finanzspekulationen zusammenkommt und ob es reichen wird“, so Pinka. Derzeit gehe die LEAG noch davon aus, dass die Energiewende ausfällt und die Lagerstätten ausgekohlt werden können. Nur dann sei die Finanzierung der Braunkohlewiedernutzbarmachung gesichert. Früher oder später würden diese Annahmen aber von der Wirklichkeit eingeholt. „Wenn LEAG oder

MIBRAG vor 2021 abspringen, stehen wir ohne Geld da. Die Kosten belaufen sich allein für den Tagebau Nochten auf mindestens 800 Millionen Euro, die überwiegend auf einen Schlag anfallen, wenn der Betrieb eingestellt wird. Ich erinnere aber daran, dass wir drei Tagebaue in Sachsen haben: Nochten, Reichwalde und Vereinigtes Schleenhain. Die LEAG/MIBRAG-Restvermögen müssten dann auf sechs Tagebaue, einschließlich derer in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, aufgeteilt werden.“ Also bleibe schon heute im Grunde kein Platz für Gewinnabführungen.

Die Linksfraktion fordert, dass der Staatshaushalt der Regierung wichtiger ist als die Gewinne der Kohleunternehmen. Es könne, so Pinka, durchaus passieren, dass dereinst ein Untersuchungsausschuss den Wirtschaftsminister befragen muss: Hat die Staatsregierung alles in ihrer Macht Stehende getan, um Schaden vom Staatshaushalt abzuwenden? Ein solcher Tag könnte schon recht bald kommen.



© Julian Nitschke / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 3.0

Menschenrechte gelten für alle oder gar nicht

Jahre nach dem Koalitionsvertrag gibt es nun den „Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“. Damit will die Regierung dagegen vorgehen, dass Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt werden. Aber es gibt dafür keine Datengrundlage. Die Linksfraktion will deshalb (Drucksache 6/8236), dass untersucht wird, wie lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle, intergeschlechtliche und queere Menschen in Sachsen leben: Welche soziodemografischen Merkmale haben sie? Wie werden ihre Lebensweisen akzeptiert? Wie ist ihre Lage bei Bildung, Ausbildung, Arbeit? Welche Erfahrungen machen sie mit Behörden? Welches Ausmaß hat vorurteilsmotivierte Gewalt?

Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik, führte verschiedene Fallbeispiele ins Feld. Zum Beispiel Rebecca, die

transsexuell ist und ihren Personenstand ändern will. Dabei wird sie mit teuren und aufwändigen Begutachtungsverfahren zermürbt. Oder Jens, der schwul ist und fast 20 Jahre lang als Jugendwart in einer evangelischen Gemeinde arbeitete, bis er mit Predigtverbot belegt wurde und kündigte. Oder Claudia, die mit ihrer Frau glücklich ist und das zweite Kind familienversichern lassen will, was die Krankenkasse zunächst ablehnt. Solche Fälle kommen selten ans Licht, aber es gibt sie. Und die Betroffenen haben das Recht, dass sich die Landespolitik auch ihrer annimmt. Buddeberg: „Es geht hier um die Verletzung von Menschenrechten, und Menschenrechte sind nicht teilbar.“

Die CDU-Fraktion hat daran nicht das geringste Interesse. Sie beschränkt sich auf die Frage, wie viele Menschen dieses Thema betrifft. Abgesehen davon, dass wir das nicht wissen,

auch wegen der Untätigkeit der CDU-geführten Regierung: Es ist die Pflicht der Regierung, Missstände abzustellen, auch wenn sie nicht die Mehrheit betreffen. Sarah Buddeberg fragte: „Sind Sie ernsthaft der Meinung, dass Sie sich diesem Problem erst zuwenden müssen, wenn eine gewisse Prozentzahl erreicht wird?“ Daniela Kuge, CDU, rief: „Ja!“ Darauf Buddeberg: „Wie viel Prozent müssen es denn sein? Vier Prozent? Ich gehe mal davon aus. Vier Prozent sind nicht viel, aber vier Prozent der sächsischen Bevölkerung sind katholisch, und trotzdem eröffnet der Ministerpräsident den Deutschen Katholikentag in Leipzig. Ich warte auf den Tag, an dem der Ministerpräsident den CSD in Dresden eröffnet.“ Doch solange die CDU regiert, wird das wohl nicht mehr passieren.

Europaweiten Studien zufolge sind schätzungsweise zehn Prozent der Bevölkerung betroffen.

Bevölkerung abrüsten statt Polizei aufrüsten

Die Jagd nach dem mutmaßlichen Mörder Robert K. in der Königsbrücker Heide endete im Mai mit Feuergefechten und dem mutmaßlichen Selbstmord des Gesuchten. Der Fall sorgte für Wirbel – und für eine Debatte über Befugnisse und Ausrüstung der Polizei.

Eine andere Facette ist aber auch wichtig: die legalen Waffen in der Gesellschaft. Robert K. hatte den Revolver, mit dem er auf Polizisten geschossen hat, aus seinem Schützenverein in Klotzsche gestohlen – seine sieben privaten Waffen waren am Männertag konfisziert worden, weil er betrunken in seiner Wohnung randalierte. Als Vereinsmitglied hatte er eine Waffenbesitzkarte und durfte legal Schusswaffen in seiner Wohnung aufbewahren.

Es gibt keine Grundlage für einen Generalverdacht gegen Sportschützen oder Jäger. Aber die Zahlen, die der LINKE Innenpolitiker Enrico Stange bei der Staatsregierung in Erfahrung brachte, zeigen: Die Landespolitik sollte näher hinsehen. Laut dem Innenministerium sind in Sachsen zurzeit 160.611 Schusswaffen legal im Umlauf. Das sind 25 Prozent mehr als vor zehn Jahren, obwohl seitdem weniger Menschen in Sachsen leben. 29.016 von ihnen besitzen legal Schusswaffen. Für die Überprüfung dieser Masse Waffen gibt es landesweit ganze 34 Vollzeitstellen bei Behörden.

„Das kann nicht gutgehen“, meint Stange – und dringt darauf, dass der ordnungsgemäße Umgang mit den Waffen, sei es in Vereinen oder Privathaushalten, öfter und flächendeckend kontrolliert wird. Auch sollten wir darüber nachdenken, ob es erlaubt bleiben sollte, Sportwaffen zuhause aufzubewahren. Wenn man sie schon als „Sportgeräte“ betrachten will, dann können sie problemlos und mit größerer Sicherheit auch an den entsprechenden Sportstätten aufbewahrt werden. Denn in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus lassen sie sich ohnehin nicht einsetzen.

Die CDU wird sich dafür nicht engagieren. Sie geht ja nicht einmal entschieden dagegen vor, dass gefährliche Leute wie „Reichsbürger“ auch noch einen Waffenschein haben. CDU-Chefschütze Frank Kupfer, der die Landtagsfraktion und den Sächsischen Schützenbund führt, streitet lieber für ein „Waffenrecht im Sinne der Schützen“.

Es ist nicht von der Hand zu weisen: Auch vom legalen Waffenbesitz geht ein erhebliches Risiko für die öffentliche Sicherheit in Sachsen aus.



Plenarspiegel Mai 2018

Die 72. und die 73. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 30. und 31. Mai 2018 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ – 73 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges in Europa – Sachsen braucht eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Stärkung der Windenergienutzung im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9197)

„Gesetz zur Einführung eines Kinder- und Familienfreitags als gesetzlicher Feiertag“ (Drs 6/13238)

Große Anfrage

„Situation der Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9211)

Anträge

Prioritätenantrag: „Kohleausstiegskommission aktiv mitgestalten – Braunkohlefolgen finanziell absichern“ (Drs 6/13055)

„Lebenslagen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ*) untersuchen!“ (Drs 6/8236)

„Familien unterstützen – Sofortiger Ausbau der Angebote zur Familienbildung, tatsächliche Bedarfe decken“ (Drs 6/11486)

Sammeldrucksache 6/13502, u.a. mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE

„Ursachen des Insektensterbens in Sachsen untersuchen und Gegenmaßnahmen in die Wege leiten“ (Drs 6/11500)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Der Wind gehört allen!

Die jüngste Hochwasserkatastrophe im Vogtland zeigt erneut: Das Klima verändert sich. Die Begrenzung der Erderhitzung ist eine Kernaufgabe unserer wie der nachfolgenden Generationen. Das klappt nur, wenn die fossilen Energieträger letztlich durch regenerative Energieträger ersetzt werden. Windenergie spielt dabei eine Schlüsselrolle, wie der **LINKE Klimapolitiker Marco Böhme** argumentiert. Denn sie ist „der günstigste Energieträger und zudem derjenige mit dem größten Entwicklungs- und Ertragspotential“.

In Sachsen allerdings passiere seit 2012 auf diesem Gebiet nichts mehr. „Viele tausend Windenergieanlagen sind in den letzten Jahren in Deutschland entstanden, doch der Ausbau in Sachsen ist völlig zum Stillstand gekommen.“ Neue Anlagen könnten schon deshalb nicht entstehen, weil de facto keine Flächen dafür ausgewiesen werden. Nur 0,1 Prozent der Landesfläche stehen momentan real für Windenergie zur Verfügung – millionenschwere Investitionen sind schon unterblieben. Hinzu kommt: Kaum ein Anwohner begrüßt es, wenn an den Ortsrand ein Windrad gebaut wird, selbst wenn er die Energiewende unterstützt. Denn er hat nichts davon. Entsprechend gering ist die Akzeptanz der Windenergieanlagen, zumal die Bevölkerung nicht ordentlich am Anlagenbau beteiligt wird.

Dort will die Linksfraktion ansetzen und hat ihren Entwurf für ein „Gesetz zur Stärkung der Windenergienutzung“ (Landtags-Drucksachen 6/9197 und 6/13578) ins Landtagsplenum

gebracht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz erlaubt es den Ländern, „Regelungen zur Bürgerbeteiligung und zur Steigerung der Akzeptanz für den Bau von neuen Anlagen [zu] erlassen“. Also schlagen wir, basierend auf guten Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern oder Dänemark, zweierlei vor. Erstens sollen sowohl anliegende Kommunen als auch Anwohnerinnen und Anwohner im Umkreis von zwei Kilometern um eine neue Anlage Miteigentümer werden dürfen. „Der Wind gehört allen und die Energiewende auch in Bürgerhand“, so Böhme. Soll eine neue Anlage errichtet werden, soll der Bevölkerung und den Gemeinden das Recht zustehen, sich jeweils mit mindestens zehn Prozent am Investitionsvolumen einzukaufen. Dann kämen

die Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen besser an der Planung neuer Anlagen beteiligen. So ist etwa ein/e Bürgerbeauftragte/r vorgesehen, die oder der als Ansprechperson fungiert, bevor ein Planungsentwurf erstellt wird. Außerdem sollen zwei Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie ausgewiesen werden.

Zweitens sind Regelungen vorgesehen, die Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen besser an der Planung neuer Anlagen beteiligen. So ist etwa ein/e Bürgerbeauftragte/r vorgesehen, die oder der als Ansprechperson fungiert, bevor ein Planungsentwurf erstellt wird. Außerdem sollen zwei Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete zur Nutzung der Windenergie ausgewiesen werden.



dafür gesorgt wird, dass sie finanziell profitieren. Niemand wäre gezwungen, Anteile zu kaufen. Auch stimmt es nicht, dass in Ländern mit einem Beteiligungsgesetz kein Ausbau stattfindet, stellte Böhme klar. „Allein im letzten Halbjahr 2017 sind in Mecklenburg-Vorpommern 99 Megawatt entstanden. Das waren 33 Anlagen. In Sachsen waren es nur 31 Megawatt und zehn Anlagen, ausschließlich Umbauten.“

Sachsen muss auf die Klimaveränderungen reagieren. Ignoranz untergräbt unsere Lebensgrundlagen. Die Vorboten sind da, wie nicht nur die Menschen im Vogtland erfahren mussten.

Termine

Christopher Street Day 2018

Samstag, 14. Juli, 18 bis 20 Uhr
All In - Inklusiv ausgerichtetes Bürgerhaus, Rosenhof 14, 09111 Chemnitz

und

Mittwoch, 18. Juli 2018, 18 bis 20 Uhr
RosaLinde Leipzig e.V., Lange Straße 11, 04103 Leipzig

Dritte Option reicht nicht!

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur dritten Geschlechtsoption ist ein großer Schritt nach vorn. Trotzdem ist für Intergeschlechtliche noch lange nicht alles erreicht und es gibt jede Menge offener Fragen: Was bedeutet Intergeschlechtlichkeit im Alltag? Welche Wünsche und Forderungen resultieren daraus? Welche Rolle spielt dabei die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Änderung des Personenstandsgesetzes?

Zusammen mit Vertreter*innen von Inter*-Organisationen und Vertreter*innen lokaler LSBTTIQ*-Initiativen diskutiert Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik der LINKEN im Sächsischen Landtag, diese Fragen und will mit Interessierten, Inter*-Personen, Initiativen und Medien ins Gespräch kommen. Eintritt frei!

Zur Veranstaltung in Leipzig wird neben Sarah Buddeberg auch Manuela Tillmanns (Projektkoordination Qu(e)er durch Sachsen beim RosaLinde Leipzig e.V.) anwesend sein.

Samstag, 21. Juli: CSD-Demo in Leipzig

Infos folgen unter www.linksfraktionsachsen.de/politik/aktuell/

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig



DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag